



# Kärnten droht mit Klage gegen Kürzung im Schulbereich

## Breiter Protest gegen Heinisch-Hosek SP-Jugend organisiert Schüler-Sitzstreik

Wien/Klagenfurt – Die Sparvorhaben im Bildungsbereich lösen weiterhin massive Proteste aus. Der Kärntner Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) kritisiert die „Überrumpelungstaktik“ des Bundes und kündigt im STANDARD-Gespräch als „letzte Konsequenz“ eine Klage beim Verwaltungsgerichtshof an. Die Regierung könne den Ländern nicht „mitten hinein in den Budgetvollzug“ neue Belastungen diktieren. Allein Kärnten sollte zusätzliche acht Millionen Euro aufbringen, für die budgetär nicht vorgesorgt werden könne.

Er wolle rechtlich überprüft wissen, ob dieses „Hineinregieren in die Länder per Verordnung“ rechtlich möglich sei, sagte Kaiser. Die Landesregierung werde nächste Woche eine „geharnischte Protestresolution“ Richtung Wien abschicken. Erbost reagieren die Initiatoren des seinerzeiti-

gen Bildungsvolksbegehrens. Ex-Rektorenchef Hans Sünkel spricht von einer „Ohrfeige ins Gesicht der Jugend“, Hannes Androsch erwartet bald „einen Kracher“.

Für Bildungsministerin Gabriele Heinisch-Hosek hätte alles „noch ärger kommen können“, die SP-Jugend ruft für Mittwoch zum Sitzstreik vor dem Ministerium auf. (red)



## Streit um Schulbudget eskaliert – Protestaktionen folgen



Alles halb so wild: Heinisch-Hosek hält mehr Schüler pro Klasse für „bewältigbar“.  
Foto: APA

# Sparpolitik ist „Ohrfeige ins Gesicht der Jugend“

Gegen die Schulsparpläne formiert sich breiter Widerstand. Kärnten will notfalls gerichtlich gegen die jüngste Verordnung von Ministerin Gabriele Heinisch-Hosek vorgehen. Für sie hätte alles „ärger kommen können“.

Katrin Burgstaller,  
Walter Müller, Karin Riss

Die Initiatoren des seinerzeitigen Bildungsvolksbegehrens sind sprachlos. „Es ist so was von unverständlich. Man fühlt sich ohnmächtig“, sagt Hans Sünkel, ehemaliger Vorsitzender der Rektorenkonferenz. Die geplanten Sparmaßnahmen im Bildungsbereich seien eine „Ohrfeige ins Gesicht der Jugend“.

Zum „Wutbürger“ mutiert ist inzwischen auch der „rote“ Industrielle Hannes Androsch. Für ihn sind die Sparpläne ein „schwerer Verstoß gegen die Chancengleichheit und Generationengerechtigkeit“. Die Wut im Land werde steigen und Österreich wäre dann wirklich am besten Weg „abzusandeln“.

Seit bekannt wurde, dass Bildungsministerin Gabriele Heinisch-Hosek (SPÖ) heuer 57 Millionen und nächstes Jahr noch einmal 60 Millionen Euro einsparen muss, gehen die Wogen hoch – auch bei den roten Parteifreunden. Während die einen die größeren Klassengrößen (künftig sollen wieder bis zu 36 Schüler in der Oberstufe sitzen) und das Reduzieren der für die Neue Mittelschule (NMS) so wichtigen Team-

teaching-Stunden empört, ärgern sich die Landeshauptleute besonders über die jüngste Verordnung der Ministerin: Demnach sollen die Länder künftig für all jene Lehrer, die sie über den mit dem Bund vereinbarten Stellenplan hinaus beschäftigen, mehr Geld an das Ministerium zurücküberweisen. Das macht 30 Millionen Sparpotenzial jährlich – und das ist bereits fix im Ministeriumsbudget eingeplant.

### „Überrumpelungstaktik“

Der Kärntner Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) will sich das nicht gefallen lassen. Er kritisiert die „Überrumpelungstaktik“ des Bundes und kündigt eine Klage beim Verwaltungsgerichtshof als letzten Konsequenz an. Denn die Verordnung würde dem Land Mehrkosten in der Höhe von acht Millionen Euro bescheren. Dies ohne Vorwarnung und „mitten hinein in den laufenden Budgetvollzug“, ohne dass dafür vorgesorgt werden könne. Das sei rechtlich nicht in Ordnung, befindet Kaiser. Die Landesregierung werde in ihrer Sitzung kommende Woche also „eine geharnischte Protestresolution“ nach Wien schicken.

Kaisers oberösterreichischer Kollege, Landeschef Josef Pühr-

ger (ÖVP) nutzt die Gelegenheit auch gleich, um seine Forderung nach Verländerung der Schulverwaltung lautstark zu erneuern.

Die Bildungsministerin verteidigt im STANDARD-Gespräch ihre Sparvorhaben und verweist auf eine Anhebung des Finanzrahmens für Bildung in der Höhe von 130 Millionen Euro für das Jahr 2014: „Das bedeutet, es hätte noch ärger kommen können.“ Das Geld wird allerdings für die steigenden Lehrergehälter aufgewendet.

Zwar tue ihr um jeden Bereich leid, in dem sie einsparen muss, sagt Heinisch-Hosek, aber „es kommen alle gleichermaßen dran“. Als ehemalige Lehrerin ist sie überzeugt, dass man auch mit mehr als 30 Schülern pro Klasse gut unterrichten kann: „Das kann mühsam sein, ist aber bewältigbar.“ Das seit Jahren dringend geforderte Unterstützungspersonal für Lehrer will sie durch Umschichtungen freibekommen. Und überhaupt: In zwei, drei Jahren könne sie die Verordnungen vielleicht wieder rückgängig machen, in der Zwischenzeit seien „alle eingeladen, hier kreativ weiterzudenken“.

### Neues Ungemach

Dabei droht Heinisch-Hosek bereits neues Ungemach: Die Aktion Kritischer SchülerInnen und die Sozialistische Jugend (SJ) rufen für kommenden Mittwoch zum Sitzstreik auf. SJ-Chef Wolfgang Mojzi will unter dem Motto „Wir sparen uns die ersten zwei Stunden“ Schüler dazu motivieren, vor dem Unterrichtsministerium ein deutliches Zeichen ihres Unmuts zu setzen. **Kommentar Seite 28**

## WISSEN

### Sitzen, tippen oder signieren

Möglichkeiten, seinen Ärger abzulassen, gibt es viele. Derzeit besonders beliebt:

■ **Die Petition** Unter [change.org](http://change.org) sammelt die ÖVP-nahe Schülerunion Mitstreiter für folgendes Anliegen: „Wir fordern BM Heinisch-Hosek auf, den Sparunsinn im Bildungsbereich zu unterlassen und keine Maßnahme auf Kosten der Schülerinnen und Schüler durchzuführen!“ Mehr als 1100 Personen haben diesen Auftrag bis Mittwochmittag unterstützt. Deutlich mehr Zuspruch findet die Facebook-Gruppe „Elternaufstand“.

■ **„Elternaufstand“** Mit-Initiator Martin Grass, selbst Lehrer und Vater eines schulpflichtigen Kindes, will auf Facebook Ideen sammeln, wie der Protest „aus dem Internet raus“ und auch über das bloße Unterscheiden von Forderungen hinaus organisiert werden kann. Eltern und Lehrer sollen sich im gemeinsamen Interesse, dem Einsatz für Bildung, „nicht auseinanderdividieren lassen“.

■ **Sitzstreik** Unter dem Motto „Wir sparen uns die ersten zwei Stunden“ soll am Mittwoch, dem ersten Schultag nach den Osterferien, vor dem Unterrichtsministerium am Minoritenplatz ein Sitzstreik abgehalten werden. Dazu rufen die Aktion Kritischer Schüler und die Sozialistische Jugend auf. (burg, riss)